

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Bezugspreis: Abonnementpreis 0,76 M.;  
bei jeder Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Und Postämtern nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
von  
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine  
(Vorsitz: Dandler)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/223.  
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 472A.

Nr. 27.

Berlin, Mittwoch, 3. April 1912.

Vierundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Zur Bergarbeiterbewegung. — Eine verständige Sozialpolitik. — Die Wannentalkbesuche. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Literatur. — Anzeigen.

Die am nächsten Sonnabend fällige Nummer muß des

## Karfreitags wegen

bereits am Donnerstag fertiggestellt sein. Versammlungsanzeigen müssen deshalb bis spätestens Donnerstag früh im Besitze der Redaktion sein.

## Zur Bergarbeiterbewegung.

Abgesehen von den sächsischen Kohlenrevieren kann in Deutschland die Streikbewegung der Bergarbeiter als abgeschlossen gelten. Murrend sind die Bergknappen wieder zu ihrer schweren Arbeit zurückgekehrt, ohne daß es ihnen gelungen ist, eine Milderung ihres harten Loses zu erkämpfen. Im Ruhrrevier ist bisher von den angekündigten Lohnerhöhungen nichts zu merken. Vielleicht bringt der heutige 1. April das Veriprophete. Gar zu hoch sollten aber die Bergarbeiter ihre Hoffnungen nicht spannen, da alle Anzeichen darauf hindeuten, daß ihnen allzu viel Gutes nicht bevorsteht. Werden doch von verschiedenen Seiten sogar noch Lohnerhöhungen gemeldet. Offenbar fühlen sich die Unternehmer so als Herren der Situation, daß sie die Erbitterung und den Groll der Bergarbeiter noch zu vergrößern sich erdreisten.

Auch in den sächsischen Revieren ist es wieder ruhig geworden. Ueberall haben die Bergleute ihre Arbeit wieder aufgenommen. Ihre Forderungen haben sie zwar nicht fallen lassen; sie wollen jedoch angesichts der ganzen Lage von weiteren Schritten zunächst Abstand nehmen und zu geeigneter Zeit an die Grubenverwaltungen herantreten. Wie im Ruhrgebiet, so üben auch hier die Besen Rache. Selbst auf der fiskalischen Königin Luise-Grube bei Zobrze hat man eine ganze Anzahl von Bergleuten, die am Streik beteiligt waren, nicht wieder eingestellt.

Unverändert fort dauert die Bewegung in dem sächsischen Kohlenrevier. Wenn auch keine Zunahme der Streikenden mehr zu verzeichnen ist, so halten die Ausständigen doch aus. Geradezu bewundernswürdig ist die musterhafte Ordnung und Disziplin, die von ihnen beobachtet wird. Aber nicht die geringste Ausbreitung ist zu verzeichnen, was von allen Seiten rühmend anerkannt wird.

Ebenso wenig ist in dem benachbarten Wöhmen eine Änderung in der Lage bemerkbar. Die Wirkungen des Kampfes machen sich hier auch in anderen Industriezweigen, die unter dem Kohlenmangel zu leiden haben, deutlich bemerkbar. Deshalb sind auch Einigungsverhandlungen angeknüpft worden, die aber deswegens ergebnislos verlaufen sind, weil die Vertreter der beiden Parteien sich nicht über den unparteiischen Vorsitzenden verständigen konnten.

Das endgültige Resultat der Urabstimmung unter den englischen Bergarbeitern liegt noch nicht vor. Die darauf bezüglichen Notizen in der Presse können nicht als absolut zuverlässig angesehen werden. Das aber darf wohl gesagt werden, daß in verschiedenen Gebieten die Arbeiter streikmüde geworden und zur Arbeit gegangen sind. Hier und da sollen auch bereits die Vorbereitungen zur Einsetzung der durch das Mindestlohngesetz geschaffenen Distriktsämter eingeleitet sein. Die Entscheidung darüber, ob der Kampf sich noch längere Zeit hinzieht, muß in diesen Tagen fallen.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hatte es den Anschein, als ob der Kampf verhindert werden könnte. Die in den Reichkohlengruben beschäftigten Arbeiter haben ihre ursprünglichen Forderungen ermäßigt und verlangen jetzt nur noch 5 Cents Lohnerhöhung pro Tonne. Die Grubenbesitzer haben erklärt, auf dieser Basis sich mit den Arbeitern einigen zu wollen. Auch für die Anthracitgruben sind Friedensausichten vorhanden, da sich die Bergwerksbesitzer mit den Bergarbeitern verständigt haben, demnächst Einigungsverhandlungen anzuknüpfen. Trotzdem treten die Arbeiter in den Streik, bis die Vereinbarungen endgültig festgelegt sind.

Die zahlreichen Einzelstreiks in Frankreich haben für die Arbeiter insofern einen Fortschritt gezeitigt, als die Regierung sich veranlaßt gesehen hat, der Deputiertenkammer einen Gesetzentwurf vorzulegen, der in seinen Hauptteilen kurzer Hand angenommen worden ist und den Arbeitern erhebliche Vorteile bringt. Die wichtigste Bestimmung ist, daß die tägliche Arbeitszeit der Bergleute auf 8 Stunden festgesetzt werden ist, gerechnet von dem Zeitpunkt der Einfahrt der letzten Arbeiter bis zur Ankunft der ersten Ausfahrenden. Für die Aufseher, Beamten, Pferdewechter und die an den Maschinen beschäftigten Arbeiter ist eine stündige Arbeitszeit vorgehoben. Ausnahmen davon sind nur zulässig, wenn es die Sicherheit des Betriebes oder die nationale Verteidigung erfordert, ferner Ueberforderungen an nicht mehr als 15 Tagen im Jahre bei notwendigen Reparaturen und in Fällen einer außergewöhnlichen Krise als Folge von Kohlenmangel. Es ist aber außerdem der Regierung die Ermächtigung erteilt worden, auch noch weitere Ausnahmen zuzulassen.

Das dürfte in Kapfen Bügen ein Bild sein von der Lage, wie sie gegenwärtig im Bergbau ist. Daß das Ringen der deutschen Bergarbeiter um bessere Lebensbedingungen vergeblich gewesen ist, wird auf sie keineswegs entmutigend wirken. Der Ausgang des Kampfes wird für die Arbeiter im Gegenteil ein Ansporn sein, mehr als bisher noch für die Stärkung ihrer Organisation zu sorgen. Sie haben ein Recht auf ein menschenwürdiges Dasein, und sie werden dieses Recht zu gegebener Zeit mit allem Nachdruck geltend zu machen wissen.

## Eine verständige Sozialpolitik

hat bei der Etablierung für das Reichsamt des Innern der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Weinhäuser-Danzig im Reichstage gefordert. Wir haben bereits auf diese Rede hingewiesen, möchten aber doch denjenigen Teil, der sich speziell mit Arbeiterfragen beschäftigt, hier im Wortlaut wiedergeben. Weinbauern begann seine Ausführungen mit der Erörterung der Mittelstandsfrage, wobei er den Wert der Selbsthilfe hervorhob und der Organisation das Wort redete. Wenn die Organisation von allergrößter Wichtigkeit ist, dann müsse es auch eine sozialpolitische und gesetzgeberische Pflicht sein, alle Hemmnisse und Genunisse der Organisationsbetätigung aus dem Wege zu räumen. Deshalb muß das Koalitionsrecht gesichert und ausgebaut werden. Den Ansichten des Staatssekretärs Dr. Deibler, der da meinte, es müßte alles beim alten bleiben, kann sich Weinbauern nicht anschließen, da in den modernen Wirtschaftskämpfen Licht und Schatten keineswegs gleich verteilt seien. Und im Anschluß daran sagte der Redner dann weiter:

„Von einem verständigen, allmählichen Ausbau des Koalitionsrechts merken diejenigen, welche auf

\*) Wegen starken Stoffandranges mußte dieser Artikel bis jetzt zurückgestellt werden.

dieses Grundrecht der Arbeiter und Angestellten angewiesen sind, leider nur zu wenig. Die Hemmnisse und Hindernisse, die der Ausübung des Koalitionsrechts auf Schritt und Tritt entgegenstecken, sind nach Art und Zahl immer noch Legion. Wir würde eben noch ein Brief zugestellt, wonach sich die Arbeiter der Papierfabrik von Staffeln in Bismarckhausen in letzter Zeit im Gewerksverein der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter organisiert haben und bei Lohnforderungen die von ihnen aufgestellten Forderungen seitens ihres Arbeitgebers bewilligt bekamen. Nachdem das erledigt war, erklärte der Arbeitgeber aber den Arbeitern, nun müßten sie aus dem Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter austreten; er erlaube nicht, daß sie in dieser Organisation Mitglieder blieben. (Hört! hört! links.)

Jedoch habe er nichts dagegen, wenn sie eine besondere Organisation der Fabrikarbeiter gründen wollten; sie dürften auch im Gewerksverein der Maschinenbauer bleiben, wenn sie den Nachweis führen könnten, daß dieser Gewerksverein 60 Prozent aller in Papierfabriken beschäftigten Arbeiter zu Mitgliedern wähle. Ich muß gestehen, eine solche Zumutung an die Arbeiter, daß sie sich nur dort organisieren dürfen, wo es der Arbeitgeber wünscht, ist nicht alltätig. Diese Beschränkung des freien Koalitionsrechts ist aber besonders interessant in unserem Falle, weil der Arbeitgeber, von dem die Rede ist, der Herr Staffeln, Lieferant für die Reichsdruckerei ist. Er stellt bessere Papiere her und hat mit der Reichsdruckerei Lieferungsverträge abgeschlossen. Hier tritt also die Tatsache ein, daß ein Lieferant für das Deutsche Reich seinen Arbeitern die Koalitionsfreiheit strikt fristig machen und ihnen Vorschriften erteilen will, zu denen er kein Recht hat.

(Sehr richtig! links.)

Das ist aber keineswegs ein Einzelfall, wenn er auch besonders eigenartig ist. Man braucht ja nur einmal hinzugehen in die Gewerkschaftsversammlungen der Arbeiter aller verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen; man braucht nur einmal die Fachpresse der sozialdemokratischen, der christlichen, der christlich-demokratischen Gewerksvereine zu lesen. Überall wird man die fälschliche These finden: „Grabe, Verhältnisse gegen das Koalitionsrecht“. Wenn man solche Studien gemacht hat, verliert man aber die Luft, dem Rat des Herrn Staatssekretärs zu folgen und zu sagen: „Quiesca non movere (Alles beim alten lassen. D. Red.), wir wollen abwarten, bis sich die Dinge von selbst besser gestalten“.

Wir haben ja erlebt, daß keineswegs die Arbeiter über Hemmnisse ihres Koalitionsrechts zu klagen haben. Auch die technischen Angestellten haben in letzter Zeit schwer zu leiden gehabt. Ich erinnere nur an die Vorgänge auf der Gutfahrtsgrube in Sterkrade im Oktober des letzten Jahres. Dort wurden 45 technische Angestellte allein in dem einen Betriebe vor die Frage gestellt, entweder aus ihrer Organisation auszuscheiden oder ihre Poststelle sofort zu verlassen. Sieben von ihnen sind festgeblieben, und diese sieben haben da nicht nur ihre Stellen verlassen müssen, sondern man hat sie auch noch auf die schwarze Liste gesetzt, damit sie in möglichst weitem Umkreis keine neue Arbeit und keine neue Stellung finden könnten.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist gewiß nichts anderes, als was Tausenden und aber Tausenden von Arbeitern auch im Laufe der letzten Jahre passiert; aber daraus, daß das nun auch technischen Angestellten passiert, aus der Ausdehnung der Mißbräuche folgt doch noch keineswegs, daß sie deswegen entschuldigt werden könnten.

Die Tatsache der schnellwachsenden Macht der Arbeitgeber, die sich überall und an allen Enden jetzt organisieren, bewegt uns erst recht dazu, daß wir dem Herrn Staatssekretär zurufen müssen: wir wenigstens wollen nicht untätig bei diesen Vorgängen stehen! Wir wollen lieber als die Dränger und Treiber in der sozialpolitischen Gesetzgebung verfahren sein als den Vorwurf hören, daß wir gleichgültig mit untergeschlagenen Armen dabeiständen. Die sozialpolitische Pflicht, das Koalitionsrecht zu sichern und weiter auszubauen, haben wir ja nicht nur den Arbeitern und den Angestellten, sondern auch den Arbeitgebern gegenüber. Meine Herren, seitdem die Arbeiterorgani-

lationen überall Fortschritte machen, seitdem ist doch der einzelne Arbeitgeber auch machtlos geworden. Der einzelne Unternehmer, wenn er nicht zu den ganz Großen gehört, ist heute nur ein Verbandsmitglied so gut wie der Arbeiter und so gut wie der Angestellte. Nur in einem kleinen Umkreis seines Verbandes kann er sich bewegen. Im übrigen hat er den Weisungen seiner Verbandsleitung von oben genau so zu folgen, wie der organisierte Arbeiter den Weisungen seiner Verbandsleitung folgen muß.

(Sehr richtig! links.)

Je mehr aber dieser Zustand überhand nimmt, um so mehr haben die kleinen Arbeitgeber, haben die wirtschaftlich schwächeren Unternehmer ein Interesse daran, daß wir Sicherung und Ausbau des Koalitionsrechts auch für sie fordern.

(Sehr richtig! links.)

Wir haben ja genügend in letzter Zeit gehört von Terrorismussfällen der Arbeitgeber gegen ihre eigenen Berufsgenossen.

(Sehr richtig! links.)

Da wird Aeseranten die Lieferung entzogen, weil sie in diesem Streit oder bei jener Aussperrung sich nicht fügen und nicht mitmachen; da kommen noch andere Terrorismussakte vor! Deshalb, meine ich, sollten uns auch die Arbeitgeber in ihrem eigenen wo überhanden Interesse dankbar sein, wenn wir die Ausgestaltung des Koalitionsrechts fordern.

Nun wollen freilich auch die Konservativen das Koalitionsrecht ausweiten und neu reformieren; sie haben eine Resolution zum Schutze der Arbeitswilligen eingebracht. Die Konservativen halten es also für ihre Pflicht, für diejenigen Elemente der Arbeiterschaft, die sich in allen Arbeiterlagern, sowohl bei den sozialdemokratischen Arbeitern wie bei den christlichen wie bei den Nicht-Dunderschen, gleicher Achtung erfreuen, durch eine besondere Gesetzgebung zu sorgen. Diese Reform des Koalitionsrechts können meine politischen Freunde nicht mitmachen; sie sind vielmehr dem Herrn Staatssekretär des Innern dankbar dafür, daß er wiederholt und bestimmt von dieser Stelle aus erklärt hat: quod non (Das gibt es nicht. D. Red.) — ein Schutzes für Arbeitswillige kann nicht gemacht werden und wird nicht zustande kommen.

(Sehr richtig! links.)

Die heutige Zerspaltung der Arbeiterbewegung trägt leider schon genau zur Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe bei. Wenn nun auch noch ein besonderes Gesetz für die Arbeitswilligen geschaffen würde, so würden die Gegensätze in der Arbeiterschaft noch viel mehr vertieft und verschärft werden, und die Arbeiterkämpfe, die Wirtschaftskämpfe würden an Erbitterung und Verbitterung noch viel mehr gewinnen als heute.

(Sehr richtig! links.)

Dazu können wir die Hand nicht bieten.

Dagegen treten wir gern mit ein für die Förderung der Tarifverträge und für die Schaffung von Einigungsämtern mit obligatorischem Verhandlungszwang. Wir halten ebenso wenig wie der Herr Staatssekretär des Innern die Tarifverträge für absolut sichere Garantien des sozialen Friedens. Wir wissen wohl, solange sie lediglich aufgebaut sind auf der Vertragstreue der Parteien, so lange wird auch immer wieder hier und da Tarifbruch sowohl bei den Arbeitern wie bei den Arbeitgebern vorkommen, und wir haben ja erst vor einigen Monaten hier in Berlin ein äußerst schmerzliches Beispiel solchen Tarifbruchs auf Arbeiterschaft erlebt. Wenn darum verlangen wir, daß die Tarifverträge gesetzliche Bindungskraft erhalten.

Wenn nun der Herr Staatssekretär erklärt hat, das sei darum nicht möglich, weil die Voraussetzung solcher gesetzlichen Bindungskraft nicht gegeben sei, daß nämlich erst einmal die Berufsvereine die Rechtsfähigkeit erhalten hätten, so schließen wir uns da durchaus dem Wunsche der Herren von der National-liberalen Partei an. Wir sagen: wenn der Herr Staatssekretär wirklich die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine haben will, dann hat er in diesem Hause eine Mehrheit dafür. Er braucht nur ernstlich zu wollen. Dann braucht er auch nicht mehr zu flagen über „verpackte Gelegenheiten“, wie er das letzthin bei dieser Angelegenheit getan hat.

(Sehr gut! links.)

Statt aber mit einer entsprechenden Vorlage zu kommen, verweist uns der Herr Staatssekretär des Innern auf die Judikatur des Reichsgerichts, die mit der Zeit schon das Recht des Tarifvertrags allmählich entwideln werde. Ich meine, wenn wir auf die Judikatur des Reichsgerichts erst warten müssen, dann brauchen wir überhaupt keine sozialpolitische Gesetzgebung zu treiben.

(Sehr richtig! links und bei den Sozialdemokraten.) Ich verstehe auch nicht recht, wie uns auf diesen Weg des Ab- und Wartens derselbe Herr Staatssekretär verweist, der erst in solch energischer und bestimmter Form hier erklärt hat, die sozialpolitische Gesetzgebung solle nicht stille stehen, solle erst recht nicht rückwärts gehen, sondern solle weitere Fortschritte machen.

(Sehr richtig! links.)

Auch die Schaffung von Einigungsämtern mit obligatorischem Verhandlungszwang hat der Herr Staatssekretär abgelehnt. Er hat ausgeführt, daß solche Anstalten, die eine Einigung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber herbeiführen sollen, wenn nicht der Verhandlungszwang und nicht die Vollstreckbarkeit der Entscheidungen gegeben ist, zweckmäßig ad hoc (für jeden einzelnen Fall. D. Red.) gebildet werden, daß sie gebildet werden

möglichst frei von Einfluß der Behörden und ohne behördlichen Charakter, daß sie so gebildet werden, daß die Mitglieder und der Vorsitzende ihre Stellung nur für den betreffenden Fall erhalten und durch das Vertrauen beider Teile erhalten.“ Als der Herr Staatssekretär diese Ausführungen machte, konnte er sich mit Recht auf die guten Erfolge berufen, die dieses von ihm empfohlene Verfahren in Einzelfällen der letzten Zeit gehabt hat. Ich erinnere nun an den großen Bauarbeiterkampf. Diese guten Erfolge sollen nicht bestritten werden. Trotzdem wird man in Uebereinstimmung mit fast allen sozialreformerischen Autoritäten fordern müssen, daß an Stelle des bisherigen Zuwartens und gelegentlichen Eingreifens doch lieber Einigungsämter mit gesetzlichem Verhandlungszwang gebildet werden sollen.

Zur Begründung dieser Forderungen erwies der Abgeordnete Weinhausen auf die Bewegung im Ruhrgebiet, die noch nicht zum Ausbruch gekommen war und auf den Kampf, der sich auf den Schichauwerften in Elbing und Danzig abspielte. Redner schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß, wenn wir Einigungsämter mit Verhandlungszwang hätten, unser sozialpolitisches und wirtschaftliches Leben von mander Bitternis berührt bleiben würde, die heute immer wieder dadurch kommt, daß man die Arbeiter ihre Wünsche gar nicht ordentlich ausprechen und vortragen läßt. So lange solche Fälle im Ruhrgebiet und auf den Schichauwerften vorkommen können, so lange ist noch eine sehr eifrige Aufklärung der öffentlichen Meinung notwendig, und so lange muß man auch auf Verheimlichung der sozialpolitischen Gesetzgebung drängen.

Wir unterzeichnen die Rede Weinhausens durchaus und wünschen nur, daß es diesem Manne gelingen möge, seine Anschauungen nicht nur in seiner Partei, sondern auch im Reichstage durchzusetzen. Der soziale Frieden würde dadurch nur wesentlich gefördert werden können.

### Die Branntweinliebesgabe.

Die geplante Aufhebung der Liebesgabe für Spiritusbrenner und die Unklarheit die über diese Frage in weiten Kreisen herrscht, gibt uns Anlaß, einige Bemerkungen darüber zu machen. Das Wort ist im Jahre 1887 geprägt worden, als die Neuregelung der Branntweinsteuer durchgeführt wurde und der konservative Reichstagsabgeordnete v. Wedell-Malchow eine Entschädigung der Branntweimbrenner verlangte, wobei er bemerkte, diese Entschädigung müße aus Liebe zur Landwirtschaft gegeben werden. Die Branntweimbrennerer befand sich in jener Zeit in einer kritischen Lage; sie wurde durch die Erhöhung der Steuer schwer getroffen. Deshalb wurde auch den Wünschen auf eine Entschädigung Rechnung getragen und die sogenannte Liebesgabe eingeführt. Mit ihr hat es folgende Bestandteile:

Es wurde ein Durchschnittsverbrauch von 4,5 Liter Alkohol auf den Kopf der Bevölkerung angenommen. Der dadurch gewonnene Gesamtverbrauch, das Kontingent genannt, wurde auf die bestehenden landwirtschaftlichen Brennereien zur Erzeugung verteilt im Verhältnis zu den Steuerbeträgen, die in den Jahren 1879/80—1885/86 von ihnen entrichtet waren. Das so entfallende Kontingent blieb aber nicht unerheblich hinter dem tatsächlichen Verbrauch des Trinkbranntweins zurück. Es muß in Wirklichkeit mehr Trinkbranntwein erzeugt werden, da der Bedarf ein größerer ist. Das Wesen der Liebesgabe besteht nun darin, daß für den kontingentierten Branntwein die Steuer pro Hektoliter 50 Mk. beträgt, während für die über das Kontingent hinaus erzeugte Trinkbranntweinsmenge pro Hektoliter eine Steuer von 70 Mk. gezahlt werden muß. Der Preis des Trinkbranntweins beim Verkauf wird natürlich bemessen nach dem höheren Steuerfuß. Diejenigen Branntweimbrennerer also, die nur 50 Mk. Steuer zahlen, erhalten für ihre Produkte genau denselben Preis wie diejenigen Brennereien, die 70 Mk. pro Hektoliter bezahlen müssen. Sie haben also einen Mehrertrag von 20 Mk. pro Hektoliter. Das ist die sogenannte Liebesgabe.

Geschildert wird dabei in erster Linie das Reich, das für den kontingentierten Spiritus 20 Mark Steuer pro Hektoliter weniger erhält. Diese Spannung von 20 Mk. wurde bei der Reichsfinanzreform im Jahre 1909 beibehalten, als die Steuer für Trinkbranntwein auf 105 bzw. 125 Mk. pro Hektoliter erhöht worden sind. Der Ausfall, der dem Reiche aus der Liebesgabe erwächst, oder wenn man will, der Vorteil, den die Branntweimbrenner durch die verschiedenartige Steuerbehandlung des Branntweins haben, beträgt je nach dem etwas schwankenden Verbrauch im Jahre mehr als 40 Millionen Mk. Seit Einführung der Liebesgabe im Jahre 1887 beläuft sich das auf rund 1150 Millionen Mk., oder wie der Reichstagsabgeordnete G o t h e i n ausgerechnet hat, mit Zins und Zinseszins 1800 Millionen Mk. Das Reich

würde also jährlich 70 Millionen Mk. an Schulzinsen weniger zu zahlen brauchen, wenn das Geld in die Reichskasse geflossen wäre.

Der Anteil der einzelnen Brennereien an der Liebesgabe ist nach ihrer Größe verschieden. Je höher das ihnen im Jahre 1887 zugebilligte Kontingent ist, um so reichlicher ist auch der Steuerertrag. Als die Liebesgabe eingeführt wurde, betrug diese bei den vier größten Brennereien zusammen 631 000 Mk. jährlich, während die 55 700 kleinsten im ganzen nur 370 000 Mk. erhielten, die 6000 nächstkleinsten jede etwa nur 15 Mk. jährlich. Man erkennt aus diesen Ziffern, daß die Liebesgabe keineswegs, wie das vielfach behauptet wird, den kleinen Brennereien, sondern im wesentlichen den Großen zuzuteil kommt. Noch heute erhält eine Firma für Brauerei und Spiritusbrennerei jährlich mehr als 250 000 Mk. Steuerertrag vom Reiche, die 1887 hat diese Firma über 7 Millionen Mk. Liebesgabe vom Reiche erhalten. Auch einige andere Brennereien bekommen jährlich Liebesgaben, die sich in die Hunderttausende belaufen. Ramentlich fließen diese auch den großen ostelbischen landwirtschaftlichen Brennereien zu.

Wie gelagt konnte im Jahre 1887 kaum ein triftiger Grund gegen eine angemessene Entschädigung der Spiritusbrenner vorgebracht werden. Der Hauptfehler, der damals gemacht wurde, lag darin, daß man bei jener Unterstützungssaktion bestimmte Brennereien bevorzugte, und vor allen Dingen, daß man den Maßnahmen, die nur für eine gewisse Uebergangszeit Berechtigung haben konnten, einen dauernden Charakter verlieh. Deshalb ist im Laufe der Jahre gegen jenes eigenartige Steuerheftchen, bei dem das Reich so schlechte und verhältnismäßig wenige Interessenten ganz ausgezeichnete Geschäfte machen, von Jahr zu Jahr ein lebhafter Widerpruch laut geworden. Im Reichstage hat man wiederholt den Versuch unternommen, die Liebesgabenwirtschaft bei der mehrfachen Neuordnung der Branntweinsteuerung zu beseitigen. Es ist jedoch niemals gelungen, die starken agrarischen Einflüsse zu brechen, die dieses eigenartige Steuerheftchen stützen.

Jetzt endlich soll die Liebesgabe beseitigt werden. Die Regierung selbst will dazu die Hand bieten, um eine Erbschafts- oder Erbanfallsteuer zu umgehen, da zur Deckung der Kosten der neuen Wehrvorlagen abermals neue Steuern notwendig sein würden, die man unmöglich wieder auf notwendige Gebrauchsartikel legen kann, wenn man nicht die allgemeine Erbitterung auf das Höchste steigern will. So sympatisch nun die Beseitigung der Liebesgabe ist, so zweifelhaft scheint uns der erhoffte Erfolg. Die Einnahmen, die das Reich durch Beseitigung der Liebesgabe, d. h. also durch eine gleichmäßige Erhebung einer Steuer von 125 Mk. pro Hektoliter Trinkbranntwein erzielt würde, könnten sich auf höchstens 40 Millionen Mk. belaufen, während die neuen Wehrvorlagen in der Form, wie sie von der Regierung vorgezogen sind und aller Wahrscheinlichkeit auch zur Annahme gelangen werden, mehr als 120 Millionen Mk. pro Jahr verdrängen. Woher will die Reichsregierung die fehlenden zwei Drittel nehmen? Glaubt sie aus den sonstigen Ueberschüssen des Reichs diesen fehlenden Betrag decken zu können? Doch das sind Fragen, die uns in diesem Zusammenhange kaum interessieren. Wir wollen nur auf den Widerspruch verweisen, der in dieser ganzen Politik liegt. Die Regierung hat ausdrücklich erklärt, daß sie die für die Wehrvorlagen erforderlichen Mittel nicht durch eine Verteuerung des Konjunks aufbringen will. Andererseits werden die Branntweimbrenner die Beseitigung der Liebesgabe nicht ruhig hinnehmen. Wie wir bereits mitgeteilt haben, hat die Spirituszentrale beschlossen, eine erhebliche Verteuerung des Trinkbranntweins durch Erhöhung des Preises herbeizuführen. Dadurch würden einzig und allein die Konsumenten getroffen werden, und die Absicht der Regierung, keine Verteuerung des Konjunks herbeizuführen, wäre vereitelt.

So zeigt auch dieser Fall, daß die Agrarier ihre patriotische Gesinnung auf Kosten anderer Bevölkerungsschichten zu betätigen verstehen. Die dem eigenartigen Patriotismus können die deutschen Arbeiter, wie schon früher hervorgehoben, am besten dadurch ein Schnippen schlagen, daß sie den Branntweingenuss noch mehr als bisher einschränken. Dann würde sich diese zugunsten der Agrarier betriebene Steuerpolitik erweisen als ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

### Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 2. April 1912.

Keinliche Sache über die Landesverwaltungen an den Vergleuten, die den leider mißlungenen Versuch unternommen haben, durch einen Streik die Bergherren zur Gewährung besserer Lohn- und Ar-

beitsverhältnisse zu zwingen. Am schwersten werden die Arbeiter dadurch getroffen, daß ihnen für 6 Tage der Lohn vorenthalten wird, weil sie unter Kontraktbruch die Arbeit eingestellt haben. Dieses rigorose Vorgehen wird natürlich beim Quartalswechsel am härtesten empfunden, und trübe Östern stehen den Verglauten und ihren Familien bevor. Aus diesem Grunde wird den am Streik Beteiligten, die ja Streikgelder bisher nicht erhalten haben, von den Organisationen zu Östern eine Unterstützung gewährt. Dazu sollen in erster Linie die freiwilligen Sammelgelder dienen. Wenn dieselben also ihren Zweck erfüllen sollen, so müssen sie unabhändig eingehandt werden. Wir bitten deshalb nochmals dringend alle Kassierer, die noch Geld gesammelt haben, nicht länger zu säumen, sondern dasselbe sofort an die Adresse des Kollegen Klein einzuschicken.

**Zwei neue Flugblätter** hat der Gewerkeverein der Deutschen Töpfer, Ziegler und verwandten Berufe zur Frühjahrskampagne herausgegeben. Das eine wendet sich mit seinem Rufe zur Organisation vor allem an die Ziegler und die in der Tonwarenindustrie beschäftigten Arbeiter, das andere vornehmlich an die Töpfer. Mit überzeugenden Worten wird in den beiden Flugblättern den Unorganisierten die Notwendigkeit des Zusammenstehens mit ihren Berufscollegen zu Gemüte geführt. Es wird ihnen dargelegt, daß sie ihre Berufsinteressen am allerbesten im Gewerkeverein gewahrt finden, der niemand nach seiner politischen Gesinnung oder nach seinem religiösen Glaubensbekenntnis fragt, sondern einzig und allein darauf bedacht ist, die wirtschaftliche Lage seiner Mitglieder zu heben. Auch die Unterstützungsanstalten finden eine eingehende und gerechte Würdigung.

Aus der Gegenüberstellung der Leistungen unseres Gewerkevereins und der in Betracht kommenden gewerkschaftlichen Verbände ist zu ersehen, daß der Gewerkeverein der Töpfer und Ziegler die gewerkschaftliche Konkurrenz nicht nur auszuhalten vermag, sondern daß er seinen Mitgliedern viel mehr bietet als die anderen Verbände. Wir zweifeln deshalb nicht, daß die Flugblätter ihren Zweck erfüllen und dem Gewerkeverein zahlreiche neue Mitkämpfer zuführen werden. Das wird um so eher geschehen, wenn, wie dies in den Gewerkevereinen stets der Fall gewesen ist, die Verbandscollegen aus den anderen Gewerkevereinen ihre tätige Mitwirkung leisten und darauf bedacht sind, nicht nur die bereits bestehenden Ortsvereine des Gewerkevereins der Töpfer zu stärken, sondern auch neue Vereine zu gründen, wo solche noch nicht vorhanden sind. Das nötige Propagandamaterial wird gern zur Verfügung gestellt vom Hauptbureau der Gewerkevereine der Deutschen Töpfer, Ziegler und verwandten Berufe durch den Generalsekretär Kollegen Karl Lange in Bitterfeld, Zimmerstr. 4.

An der Beisetzung von Albert Träger, die am Freitag-Nachmittag unter außerordentlich reger Beteiligung in Berlin stattgefunden hat, nahm auch eine Deputation des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine, bestehend aus den Kollegen Goldschmidt, Lewin und Reustedt, teil, die einen Lorbeerkranz am Grabe niederlegten mit der Aufschrift: Dem bewährten Freunde und unerrockenen Kämpfer für Arbeiterrechte. Der Zentralkrat der Deutschen Gewerkevereine (S.-D.).

**Arbeiterbewegung.** Trotz des friedlichen Ausgangs der Einigungsverhandlungen im Serrermah-Schneidergewerbe ist der Kampf noch nicht beendet. Der Einigungsantrag von Dr. Siller-Frankfurt a. M., der von den Arbeitgeberern angenommen und auch von den Vertretern der Arbeitnehmer den Arbeitern zur Annahme empfohlen worden ist, hat bei letzteren keine Gegenliebe gefunden. Die bei weitem überwiegende Mehrzahl der Gezellen hat den Vorschlag abgelehnt. Man will die Arbeit unter keinen Umständen eher aufnehmen, als bis die Tarife endgültig festgesetzt sind. Trotzdem sollen die auf den 2. April in Jena festgesetzten Vergleichsverhandlungen stattfinden. Offensichtlich gelingt es noch in letzter Stunde, einen friedlichen Ausgang zu finden. — Der Streik der Landwirtschafter in Berlin nimmt insofern einen guten Verlauf, als die Zahl der Firmen, die die Forderungen anerkannt haben, täglich zunimmt. Die Bewegung hat weitere Kreise gezogen, da auch in Leipzig die Gezellen in den Ausstand getreten sind. — Der drohende Streik der Metallarbeiter in Frankfurt am Main ist zum Ausbruch gekommen. Die Direktoren der in Betracht kommenden Betriebe

haben sowohl eine Verlängerung der Arbeitszeit wie eine Lohnregelung scharf abgelehnt, worauf die Arbeit niedergelegt wurde. An der Bewegung sind sowohl die freien Gewerkschaften, wie auch unser Gewerkeverein der Maschinenbauer und die christliche Organisation beteiligt. — Verdingt ist der Streik der Möbeltransportkutscher in Breslau. Den Arbeitern wurden erhebliche Lohnzulagen bewilligt, so daß sie die Arbeit wieder aufnehmen. — Der Streik bei der Firma Ludvig Löwe u. Co. in Berlin, der durch die Bevorzugung der Selben verursacht war, ist aufgehoben worden, nachdem die Betriebsleitung erklärt hatte, daß sie die übrigen Arbeiter in Zukunft nicht anders als die Selben behandeln werde. — In der Schuhfabrik von Freundlich in Neu-Stettin sind die bestehenden Differenzen durch Zugeständnisse an den Arbeiterauschuß beigelegt worden. — In Köln wurde am Sonntag in einer Versammlung der Stukkateure der neue Tarif einstimmig angenommen. Er gewährt den Arbeitern eine Lohnaufbesserung von 6,50 Mk. auf 6,80 Mk., die vom 1. Januar 1913 auf 7 Mk. pro Tag steigen soll. Die Affordpositionen werden ebenfalls proportional erhöht. — In Striegau wurde für die Steinmengen ein neuer, bis zum April 1914 laufender Tarif angenommen, der für verschiedene Positionen Verbesserungen um 5-20 Proc. bringt.

Der Streik der Sennarbeiter in Gent dauert ununterbrochen fort. Etwa 1400 Arbeiter sind daran beteiligt. — In der Waggonfabrik Schlieren bei Zürich sind etwa 500 Arbeiter in den Ausstand getreten. Die Firma ist bemüht, durch ihre Meister in Deutschland Arbeitswillige anwerben zu lassen.

In Begriffe, die Redaktion abzuschließen, erreicht uns die Trauernachricht, daß unser lieber Kollege

**Paul Hauer**

einem Schlaganfall erlegen ist, der ihn am Mittwoch voriger Woche traf.

Der so früh aus dem Leben gerissene Kollege war ein pflichttreuer und lebensfroher Mensch. Leider erreichte er nur ein Alter von 62 Jahren. Hauer war viele Jahre Generalsekretär des Gewerkevereins der Klempner und trat mit der 1905 erfolgten Verschmelzung der Klempner und Maschinenbauer in die Verwaltung des Gewerkevereins der Maschinenbauer- und Metallarbeiter ein. Bis Mittwoch war er tätig und guter Dinge und dachte nicht an den nahen Tod.

Auch im Verbands der Deutschen Gewerkevereine nahm Hauer eine angesehene Stellung ein. So wirkte er auf zahlreichen Verbandstagen als Vertreter der Klempner und als Mitglied des Zentralrats. In der Verbandshaus-Mitgliedschaft gehörte er dem Vorstande an.

Wir werden dem maderen Mitkämpfer ein treues Gedenken bewahren.

Ein merkwürdiger Gelehrter ist Herr Dr. Ludwig Bernhardt, der gegen den Willen der Mehrzahl seiner Kollegen Professor an der Berliner Universität geworden ist. Dieser Herr hat auf der vor einigen Tagen in Düsseldorf abgehaltenen Hauptversammlung des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute einen Vortrag gehalten über „Die Zukunft der deutschen Sozialpolitik“, in welchem er recht eigenartige Anschauungen zutage förderte. Wir haben bisher davon noch nicht Notiz genommen, weil die Zeitungsberichte so ungläubliches Zeug enthielten, daß wir eine Berichtigung erwarteten. Eine solche ist nicht erfolgt, so daß man nunmehr annehmen muß, das, was über den Vortrag des Herrn Professor Bernhardt in den Zeitungen gestanden hat, ist wahr.

Als eine der größten Schattenseiten unserer Sozialpolitik bezeichnete es der Redner, daß in der Arbeiterklasse sich die Anschauung herausgebildet habe, daß jede Erkrankung, jeder Unfall zum Rentenbezug führen müsse. Infolgedessen sei eine Art Rentenhitlerie entstanden, die man als eine Volkskrankheit bezeichnen müsse. In Oberschlesien gebe es Dörfer, in denen Invaliden Unterricht erteilen über die traumatische Neurose. Alle diese Erscheinungen würden begünstigt durch eine allzu nachgiebige Rechtsprechung, welche so indirekt zur Entartung des Volkes führen müsse. Auch in der Arbeiterschutzgesetzgebung machten sich Zeichen des Verfalls erkennbar. Ueberreife Sozialpolitik seien fortwährend bemüht, ohne praktische Erfahrungen neue undurchführbare Maßnahmen zu fordern, nur um sich bei den Arbeitermassen beliebt zu machen.

Auch gegen die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen glaubte der Herr Professor scharfmachen zu müssen. Ihr Eingriff in die industrielle Tätigkeit sei eine schwere Gefahr. Die gefährliche Irrlehre, daß die Arbeiterorganisationen, wenn sie anerkannt würden, als gleichberechtigte Verhandlungspartner den Frieden in der Industrie herbeizuführen geeignet seien, habe sich durch die Erfahrungen namentlich der letzten Zeit als falsch erwiesen. Als dringend notwendig wurde ein energischer Schutz der Arbeitswilligen verlangt, um dem Terrorismus der Arbeiterorganisationen ein Ende zu machen. Der Staat dürfe nicht untätig zusehen; nichts sei gefährlicher als eine Politik der gekrümmten Arme.

In diesem Tone ging es noch eine ganze Weile weiter. Daß solche Ausführungen bei den Eisenhüttenleuten lebhaften Beifall auslösten, kann als selbstverständlich angenommen werden. Eine Diskussion über den Vortrag fand gar nicht erst statt; sicherlich wäre sie sehr interessant geworden. Im einzelnen die Behauptungen des Herrn Professor, die zum größten Teil mit den Tatsachen in Widerspruch stehen, zu widerlegen, hat seinen Zweck. Es erscheint uns eigentlich ungläublich, daß der Mann aus innerster Ueberzeugung heraus gepredigt hat. Vielleicht wollte er den Zweck bei den Hüttenleuten erreichen, den nach seiner Meinung andere Sozialpolitiker bei den Arbeitermassen verfolgen, daß sie sich nämlich beliebt machen wollen. Denn mehr als Herr Professor Bernhard hätte auch der bekannte Generalsekretär Buech nicht scharf machen können. Nun, wenn der Herr nichts anderes erreicht hat, so ist es ihm sicherlich gelungen, durch seinen Vortrag sich bei der preussischen Regierung in ein recht günstiges Licht zu setzen.

Unerkündlich an Einfällen, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu schmälern, sind die Unternehmer. Was aber das Schlimmste an der ganzen Sache ist, — die Behörden scheuen sich vielfach nicht, selbst ungesetzliche Maßnahmen zu unterstützen. Ein besonders krasser Fall hat sich kürzlich in Solingen ereignet. Auch hier befanden sich die Schneidergezellen im Streik. Wie es ihr Recht und ihre Pflicht war, verhielten sie die Arbeitswilligen von der Arbeit zurückzuhalten. Um sich nun gegen die lästigen Streikposten zu schützen, riefen drei Konfektionsfirmen gerichtliche Hilfe an und erwirkten beim Landgericht Eberfeld eine Verfügung folgenden Wortlauts:

In Wege der einseitigen Verfügung wird gemäß §§ 938, 940 und 890 der Z.-P.-O. den Antragsgegnern (30 Schneidern und der Ortsgruppe ihres Verbandes) unter Androhung einer Haftstrafe bis zu sechs Monaten für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten, vor den Geschäftslokalen der Antragstellerinnen, namentlich zu mehreren Personen als Posten zu stehen und insbesondere hierbei durch Ansprachen, Nachzischen, Anpassen und ähnliche Maßnahmen die Passanten von dem Betreten der Geschäftslokale der Antragstellerinnen abzuhalten.

Der Ortsgruppe des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen in Solingen, vertreten durch ihren Vorsitzenden, wird gleichfalls unter Androhung der oben erwähnten Strafen für jeden Fall der Zuwiderhandlung unterzogen, den vorerwähnten Postendienst zu unterhalten. Den Antragsgegnern werden die Posten des Verfahrens aufzulegt.

Das bedeutet mit andern Worten, daß den Schneidern das gesetzlich gewährleistete Streikpostenstreben verboten wird. Das ist ein Eingriff in die Rechte der Arbeiter, der nicht gebildet werden kann. Es muß deshalb auch darauf hingewirkt werden, daß die Verfügung des Eberfelder Landgerichts für ungültig erklärt wird.

**Unterstützung der Volksbildungsvereine aus öffentlichen Mitteln.** Die freiwilligen Bildungsbestrebungen werden neuerdings von den Gemeinden in größerem Umfange unterstützt. Nach einer Zusammenstellung in der Zeitschrift der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, die 34 Vereine umfaßt, werden diese Volksbildungsvereine von den betreffenden Gemeinden, und zwar hauptsächlich bei der Errichtung von Volksbibliotheken und Leseständen, mit zusammen 45 355 Mk., unterstützt. Die höchste Leistung entfällt auf Wiesbaden mit 10 000 Mk., dann folgen Nürnberg mit 9000 Mk., Fürth mit 6000 Mk., Spandau mit 5000 Mk., Altona mit 3500 Mk., Düsseldorf mit 3000 Mk. Nur sechs von diesen Gemeinden unterstützen ihre Bildungsvereine bereits seit dem Jahre 1900. Dieselben 34 Vereine erhalten an staatlichen Zuwendungen nur 3865 Mk. Der Höchstbetrag entfällt auf den Volksbildungsverein in Fürth, der von der Kreisregierung Mittelstranken 500 Mk. erhält. Noch geringer sind die Unterstützungen der Volksbildungsvereine aus andern Quellen. Sie betragen für die in der Zusammenstellung enthaltenen Vereine 2420 Mk. Dieser Betrag ist auffallend gering. Ein

Beweis, wie wenig bei uns in Deutschland das freiwillige Bildungswesen von wohlhabenden Personen und Körperschaften in größerer Maße gefördert wird...

Der Bund Deutscher Bodenreformer veranstaltet in der Osterwoche (9. bis 14. April) seinen zweiten Ferienkursus über Volkswirtschaft, staatsbürgerliche Fortbildung und Redekunst...

Wir machen darauf aufmerksam, daß an dem ersten Ferienkursus des Bundes Deutscher Bodenreformer auch einige Gewerkekollegen mit Erfolg teilgenommen haben...

Gewerkevereins-Zeil.

Bremen. Der Sekretariatsbezirk Bremen veranstaltete hier am 24. März eine Bezirkskonferenz, die von 36 Delegierten aus 32 Ortsvereinen besucht war...

Im Jahre 1911 wurden 493 Versammlungen und Sitzungen abgehalten. An 198 Tagen waren die Sekretäre außerhalb Bremens tätig...

Neugegründet wurden 8 Ortsvereine, die Gesamtzahl der Ortsvereine beträgt jetzt 40.

Table with 2 columns: Description of activities and their counts. Total sum 3263.

Table with 2 columns: Description of activities and their counts. Total sum 981.

Der Zuwachs betrug somit im Berichtsjahre 534, die Gesamtzahl der Mitglieder 2282. Vertretungen vor Gerichten fanden 22 statt...

Seitens des Kollegen Klein sowie sämtlicher Delegierter wurde die erfolgreiche Tätigkeit des Sekretariats lobend anerkannt.

Die Konferenz beschloß, um das Sekretariat finanziell besser zu stellen, die Leistungen zu erhöhen.

Hamburg. Der Lokalverein der Maschinenisten und Feiger Hamburg-Altona hat in seiner am 24. März abgehaltenen Generalversammlung...

Verbands-Zeil.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsrat der Deutschen Gewerkevereine (G. V.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine, Reichswaldstr. 221-23.

Beitrag II. Abends 8-10 Uhr Zahlabend Buchstr. 36 a. - Maschinenaub. u. Metallarbeiter III. Abds. 7-9 Uhr im Nordwest. Kasino, Alt. - Stadt 55-56.

Orts- und Bezirksverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden 1. Dienstag im Monat, abends 8 Uhr Vertreterversammlung in Burhop's Gesellschaftshaus...

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Übersichtsverzeichnis.

Zentralrat. 1. B. R. u. S. Verbands-Konferenz, Berlin NO. 55, Reichswaldstr. 18 II. Breslau. (Bezirksleitung des Gewerkevereins der Maschinenaub. und Metallarbeiter.) B. Röthner, Breslau I, Königsstr. 5 II.

Anzeigen-Zeil.

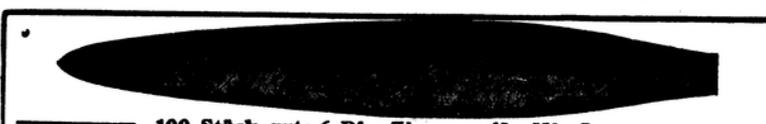
Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.



Halle a. S. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ihr Ortsverbandsgeheimnis im Betrage von 1 Mark bei den Ortsvereinskassierern...

Hamburg-Altona. Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten für 2 Tage Unterstufung...

Freiburg i. S. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten das Ortsverbandsgeheimnis bei ihrem Ortsvereinskassierer...



Waldenburg (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten eine Unterstufung für den Tag 50 Pfg. für die Nacht 75 Pfg.

Waldenburg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsgeheimnis bei dem Kassierer ihres Ortsvereins.

Schramberg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 70 Pfg. Unterstufung bei Robert Egenter, Schramberg, Hlbandstr. 18.

Leipzig-West (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten die Karten für das Ortsverbandsgeheimnis bei den Vereinskassierern...

Schwabberg (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten ein Ortsgeheimnis von 1 Mark...

Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Logierkarten im Werte von 1,20 Mk. beim Kollegen Emil Schmidt...

Nagel (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 M. Reiseunterstufung in dem Arbeitersekretariat...

Weißenfels a. S. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterstufungsarten auf dem Bureau der Schuhmacher und Lederarbeiter...



Legikon des Arbeitsrechts in Verbindung mit Felix Claus, Hermann Bog, Hermann Puppe...

Wer sich rasch über eine Frage des Arbeitsrechts unterrichten will findet in diesem praktischen Legikon in knapper Darstellung jede gewünschte Information...